

dürften dem wohl nicht zustimmen. Nach übereinstimmender Meinung von Beobachtern, die in letzter Zeit im Lande waren, kann man davon ausgehen, daß eine kleine Gruppe von Katholiken uneingeschränkt die neue politische Richtung unterstützt, daß eine etwas stärkere Gruppe ebenso energisch die neue Regierung bekämpft und sich zum Teil sogar im Untergrund arbeitenden Widerstandsgruppen angeschlossen hat und daß schließlich die Mehrheit der Katholiken still und furchtsam, verunsichert und bedrückt wegen des Verlustes ihrer Wirkmöglichkeiten ist. Und diesen Menschen fällt es natürlich schwer, ihren Erzbischof zu verstehen, der lange Zeit hindurch das frühere Regime gestützt hat. Sie können nicht verstehen, daß er heute viel umworbener Bischof

ist, während z.B. führende Vertreter der gegen den früheren Präsidenten Thieu gerichteten Anti-Korruptionsbewegung heute im Gefängnis sitzen.

„Neue Ethik“ als Religionsersatz

Die Partei ihrerseits tut alles, um derzeit noch das Wohlwollen der Hierarchie zu erhalten. Zwar sind der Kirche alle Möglichkeiten des Einflusses im sozio-ökonomischen Bereich genommen, doch wirbt die Partei darum, daß die Bischöfe und Priester die Gläubigen anhalten, sich in die neuen Wirtschaftszonen außerhalb der Städte versetzen zu lassen. Sowohl bei dieser Aufgabe als auch bei der Vermittlung der „richtigen Einstellung“ zur neuen

Moral und Arbeitsethik greifen die Behörden lieber auf die Kirche zurück, weil sie die Erfahrung gemacht haben, daß die Geistlichen mehr Erfolg haben als die Politikommissare. Gleichzeitig hat ein wohldosiertes und geplantes Ringen um die Katholiken begonnen, sei es durch Umschulung und marxistische Unterweisung oder durch beharrliches Proklamieren der patriotischen Aufgaben. Immer mehr wird damit der Patriotismus zum Gegenspieler der Religion, der Ho-Chi-Minh-Kult und die neue Ethik zum Religionsersatz. Angriffe gegen die Religion werden durchweg als Angriffe gegen die fehlende patriotische Einstellung deklariert. Die Folgen dieses Vorgehens haben nicht nur die Katholiken, sondern ebenso die Protestanten und Buddhisten zu spüren. N.S.

Politische Entwicklungen

Die Bundestagswahlen 1976

Die Daten und ihre Interpretationen

Kaum ein Wahlergebnis seit der Gründung der Bundesrepublik wurde mit mehr Spannung erwartet als das vom 3. Oktober 1976. Ein Kopf-an-Kopf-Rennen war die Prognose der demoskopischen Institute, von der nur einzelne Umfrageergebnisse um ein bis zwei Prozent abwichen. Ähnliches vermuteten, wenn auch mit unterschiedlichen Aussichten für sich und den politischen Gegner, die politischen Parteien. Stimmen im Lager der Koalition und unter den ihr nahestehenden Journalisten, die aus Zweckoptimismus oder aus Überzeugung auf Grund einer deutlichen Aufholbewegung der SPD vor allem während der heißen Wahlkampfphase das Rennen dennoch für gelaufen hielten, hatten sich getäuscht: es blieb beim knappen Ergebnis: 50,5 Prozent für die Parteien der Koalition, 48,6 Prozent für die Unionsparteien, nur 0,9 Prozent für die politischen Splittergruppen auf der Rechten und auf der äußersten Linken.

Bedenkt man, daß kein seriöser Prognostiker der CDU/CSU mehr als eine ganz knappe Mehrheit der Sitze zutraute, so war der knappe, von 9,4 (1972) auf 1,9 Prozent zusammengeschrumpfte Vorsprung der Koalitionspar-

teien so ziemlich genau das Ergebnis, das man realistisch erwarten konnte. Denn daß die *politische Grundstimmung* im Lande bereits seit Herbst 1973 bei nur kurzfristigen Erholungsphasen der Koalitionsparteien sich zugunsten der Union entwickelt hatte, konnte bereits vor der Wahl nicht gut in Abrede gestellt werden. Hinzu kam, daß sich die SPD durch die CDU/CSU-Wahlkampfparole „Freiheit statt/oder Sozialismus“ deutlich in die Defensive hatte drängen lassen. Andererseits gab es genügend „klassische“ Wahlfaktoren, die eindeutig die Koalition begünstigten: einen Kanzler mit hohen Macherqualitäten, dessen pragmatisch-konservative Politik einen Teil der Wähler die die Trendwende zugunsten der Union verursachenden Befürchtungen gegenüber einer vermeintlich oder wirklich in der Nähe von Systemveränderern angesiedelten Sozialdemokratie vergessen ließ; den in seiner personellen Repräsentation unter dem Gesichtspunkt politischer „Leistung“ gewiß eindrucksvollen kleinen Koalitionspartner; die günstige Wirtschaftsentwicklung, die angesichts akuter Krisen in den europäischen Nachbarstaaten (Frankreich, England, Italien) die Bundesrepublik als ein Land einsamer Prosperität erscheinen ließ; schließ-

lich die besonders „förderlichen“ Wirtschaftsdaten des Monats September, die unmittelbar vor dem Wahltermin veröffentlicht worden waren: die Teuerungsrate der Lebenshaltungskosten sank seit 1971 zum erstenmal wieder auf 4 Prozent; die Arbeitslosenzahl ging deutlich (auf unter 900000) zurück. Dies alles waren Daten, die trotz des überall sichtbaren Trends einen Erdbeben zugunsten der Union als unwahrscheinlich erscheinen ließen. Angesichts dieser sich gegenseitig aufhebenden Dynamik von Faktoren läßt sich das Ergebnis für die Unionsparteien eher als das unter den konkreten Bedingungen eben noch mögliche denn als ein Zurückbleiben hinter den Erwartungen deuten. Aber offenbar war gerade das *vorhersehbare* knappe Ergebnis Anlaß zu allerhand einseitigen Interpretationen sowohl der Zahlen und Prozente wie der daraus ableitbaren politischen Folgerungen.

Kanzler- oder Regierungsbonus?

Schon die einfachsten Großanalysen, die in den ersten Tagen nach der Wahl die Spalten der Presse füllten, erwiesen sich als einseitig oder mindestens als voreilig, teilweise als widersprüchlich.

Wer auf den *Kanzlerbonus* setzte, der erklärte *Schmidt* zum Wahlsieger; „mit *Willy Brandt* hätte die Koalition ohne Zweifel keine Mehrheit erreichen können“ (*Rudolf Wildenmann* in der „Zeit“ [8. 10. 76]). Diese und ähnliche Aussagen waren hypothetische Behauptungen. Woher sollte der Vergleich genommen werden? Wer könnte schon etwas darüber sagen, wie sich die Popularität eines Kanzlers Brandt entwickelt hätte, wenn dieser bis zu den Wahlen im Amt geblieben wäre? Hätte sich *Helmut Kohl* als Herausforderer gegenüber *Willy Brandt* in gleicher Weise profilieren können wie gegenüber *Helmut Schmidt*? War der sehr starke direkte Wechsel von der SPD zur CDU nicht ein Indiz dafür, daß nicht nur von, sondern wegen *Brandt* Enttäuschungen in das Lager der Union überwechselten, weil sie sich durch den Nachfolger *Schmidt* nicht repräsentiert fühlten? Auch das sind hypothetische Fragen, aber sie scheinen noch eher etwas für sich zu haben.

Doch war der *Kanzlerbonus* überhaupt wahlentscheidend? Vermutlich ja, aber als ein Faktor unter einem Komplex von Faktoren. Dazu zählt sicher, daß – jedenfalls in der Bundesrepublik – die regierenden Parteien ein Stück weit auch unabhängig von der Figur des Kanzlers beim Wähler im Vorteil sind. Darauf weist u. a. der von *Dieter Oberndorfer* in der „Welt“ (13. 10. 76) gezogene Vergleich zwischen den bisherigen Bundestags- und Landtagswahlergebnissen hin. Danach hat seit 1953 die jeweilige Opposition bei Bundestagswahlen im Vergleich zu den Landtagswahlen immer verloren bzw. konnte das Ergebnis der Landtagswahlen bei Bundestagswahlen nicht einholen. Die SPD erhielt als Oppositionspartei 1953, 1957, 1961 und 1965 jeweils 3,5, 1,8, 2,1, 3,0 Prozent weniger Stimmen als bei den Landtagswahlen der jeweils voraus-

gegangenen Legislaturperiode. Erst 1969 am Ende der Großen Koalition konnte die SPD gegenüber den Landtagswahlen zum erstenmal mit 0,2 Prozent einen minimalen Zuwachs verzeichnen, während die CDU/CSU von 1953 bis 1969 gegenüber den Landtagswahlen jeweils starke Zuwächse (1953 16,2, 1957 13,9, 1961 3,3, 1965 4,9, 1969 4,1) erzielte und erst als Oppositionspartei in die roten Zahlen geraten ist: 1972 –3,4 gegenüber den Landtagswahlen 1969–1972; 1976 –2,8 gegenüber den Landtagswahlen von 1972–1976. Dabei unterstreichen der ungewöhnlich hohe Zuwachs der Unionsparteien bei den Landtagswahlen (Gesamtergebnis der Landtagswahlen 1972–1976 51,6 Prozent der Stimmen für die Union) und das knappe Verfehlen der absoluten Mehrheit der Sitze bei der Bundestagswahl 1976 ebenso den *fortdauernden Trend zu den Unionsparteien* wie den Resistenzfaktor *Regierungsbonus*. Daß dieser dem *Kanzlerbonus* nicht einfach gleichzusetzen ist, zeigen Umfragen zur Einstufung der Kanzlerkandidaten.

Nach Allensbach (vgl. Deutsche Zeitung, 15. 10. 76) lagen Anfang August, also vor Beginn des eigentlichen Wahlkampfes, *Helmut Schmidt* und *Helmut Kohl* in der Wählergunst noch um 15 Prozent auseinander (*Schmidt* 50, *Kohl* 35); Ende September war nach dem gleichen Institut *Kohl* bis auf 4 Prozent an *Schmidt* herangekommen, und zwar bei einem fast unveränderten Anteil an Unentschiedenen:

Welcher Kanzler?

Frage: Nach den nächsten Bundestagswahlen muß ja wieder entschieden werden, wer Bundeskanzler werden soll. Wer wäre Ihnen als Bundeskanzler lieber: *Kohl* oder *Schmidt*?

	Schmidt	Kohl	Unentschieden
	(in Prozent)		
7.–11. August	50	35	15
14.–19. August	48	37	15
20.–26. August	48	37	15
11.–16. September	46	39	15
21.–25. September	45	41	14

Dieser *Zuwachs an Sympathie für Helmut Kohl* war begleitet von einem stetigen, wenn auch nicht gleich eindrucksvollen Zweitstimmenzuwachs für die Unionsparteien.

Zweitstimmeneentwicklung August 1976 bis Ende September

	Wahlwillige	Wahlberechtigte	
	Anfang August	Mitte/Ende August	Ende Sept.
	(in Prozent)		
SPD/FDP	51,4	51,4	50,5
CDU/CSU	46,8	47,5	48,5

Da ein Kanzlerkandidat der Opposition in der Wählergunst noch nie dem amtierenden Kanzler so nahe kam wie

Helmut Kohl Helmut Schmidt und der Zugewinn nach den demoskopischen Daten für den Kanzlerkandidaten höher ausfiel als der Zweitstimmen-Zugewinn für die Unionsparteien, dürfte der Kanzlerbonus *für sich* (trotz Unterschieden zwischen Nord und Süd) keine allzu große Rolle gespielt haben. Demgegenüber war das Gespann Schmidt-Genscher gegenüber der ungleichen Paarung Kohl/Strauß zweifellos im Vorteil. Dem hohen Sympathiegewinn für Kohl standen *verbreitete Antipathien gegen Strauß* gegenüber, die die Regierungsparteien voll ausschalten konnten: vor der Wahl und, wie es gegenwärtig aussieht, auch nach der Wahl. Im übrigen wurde der Regierungsbonus durch eine überwiegend regierungsfreundliche Presse – auch dieser Aspekt ist demoskopisch eindeutig erhärtet – gestützt: ca. 70 Prozent der in den Medien tätigen Journalisten erklärten sich im Juli 1976 als Sympathisanten der Koalitionsparteien.

Was ist an dem Süd-Nord-Gefälle?

Ein anderer, ziemlich unreflektiert verbreiteter Topos der Wahlanalysen heißt: *Nord-Süd- resp. Süd-Nord-Gefälle*. Gemeint sind damit in erster Linie die großen regionalen Unterschiede im Ergebnis für die Unionsparteien. Die Sozialdemokraten stehen dabei weniger im Blickpunkt. Auf die *Freien Demokraten* läßt sich das Schema überhaupt nicht anwenden; sie gehörten im Süden (Bayern +0,1 Prozent) und im Norden (Schleswig-Holstein +0,2 und Bremen +0,7 Prozent) zum Teil zu den Gewinnern, im übrigen Norden (Hamburg -1,0; Niedersachsen -0,6) und im Südwesten (Baden-Württemberg -1,1; Rheinland-Pfalz -0,5) wie in Hessen (-1,7) zu den Verlierern; in Nordrhein-Westfalen erreichten sie genau den Gleichstand mit 1972. Die Sozialdemokraten verloren im Norden unterschiedlich: am wenigsten in Hamburg (-1,8); in Schleswig-Holstein -2,2; in Bremen -4,1; in Niedersachsen -2,4; in Nordrhein-Westfalen überdurchschnittlich (-3,5); in Hessen -2,8; in Rheinland-Pfalz genau im Bundesdurchschnitt (-3,2); im Saarland (wie in Hamburg) -1,8; in Baden-Württemberg -2,3; in Bayern -5 Prozent. Von einem Nord-Süd-Gefälle kann also im Falle der Sozialdemokraten nur sehr bedingt gesprochen werden; die Verluste im Norden entsprechen in etwa den Verlusten im Südwesten; Bayern fällt aus dem Rahmen, nicht zuletzt wegen der erdrutschartigen Verschiebung in München und der überdurchschnittlichen Verluste der SPD bzw. Gewinne der CSU in den übrigen Großstädten.

Diese Relativierung gilt freilich nur dann, wenn man das Wahlergebnis von 1976 nicht für sich nimmt, sondern in Beziehung setzt zu früheren Ergebnissen. Aber nur letzteres Verfahren ist sinnvoll. Denn nur die relativen Zuwächse bzw. Verluste geben Aufschluß über Veränderungen der politischen Landschaft. So gesehen läßt sich das Schema Nord-Süd- in diesem als Süd-Nord-Gefälle auch auf die *CDU/CSU* nur begrenzt anwenden. Zweifelsfrei trifft es nur zu, wenn man unter Süden Bayern (+ 4,9),

unter Norden Schleswig-Holstein versteht. Hier ist das Gefälle eklatant, gleichgültig, welchen Vergleichsrahmen man zugrunde legt. Während die CDU/CSU in allen Bundesländern mit Ausnahme des Saarlandes in absoluten Zahlen auch gegenüber den Landtagswahlen hinzugewonnen hat, verlor sie in Schleswig-Holstein immerhin fast 18000 Stimmen. Zum Vergleich: in Bayern betrug der Zuwachs gegenüber den Landtagswahlen in absoluten Zahlen immerhin noch ca. 26000 Stimmen. In Prozenten bleibt Schleswig-Holstein um 6,3 Prozent hinter dem Ergebnis der Landtagswahlen vom April 1975 zurück, während bereits dieses um 1,5 Prozent hinter dem Ergebnis der Landtagswahlen von 1971 zurückblieb; das Bundestagswahlergebnis von 1972 wurde nur um 2,2 Prozent überschritten; um 1,5 blieb Schleswig-Holstein hinter dem Zuwachs der Unionsparteien im Bundesdurchschnitt, um 1,3 hinter dem Bundesdurchschnitt der CDU zurück. Hingegen übertraf Bayern das Bundestagswahlergebnis von 1972, das bereits damals ein sensationelles Spitzenergebnis war, um 4,9 Prozent und blieb hinter dem Landtagswahlergebnis vom Oktober 1974 nur um 2,1 Prozent zurück. Bayern übertrifft den Durchschnittszuwachs der Unionsparteien um 1,2, den Durchschnittszuwachs der CDU um 1,4, und während der Zuwachs der Union außerhalb Bayerns in etwa bei der Hälfte der Differenz – Ausnahmen nach unten sind Schleswig-Holstein, Hamburg und das Saarland, nach oben Hessen – zwischen den Landtagswahlergebnissen und den Ergebnissen der Bundestagswahl von 1972 sich einpendelt, liegt das bayerische Ergebnis um 1,5 Prozent darüber.

Geht man aber von der Gegenüberstellung dieser beiden Länder ab, dann stimmt das Süd-Nord-Schema schon nicht mehr oder nur noch zum Teil. Am ehesten träfe das konstatierte Gefälle noch auf den Vergleich Bayern – Saarland und Bayern – Hamburg zu, sowohl was die geringen Verluste der SPD wie die geringeren Gewinne der CDU betrifft. Aber das Saarland, das mit nur +2,8 gegenüber 1972 und -5,7 Prozent gegenüber den Landtagswahlen von 1975 aus dem Rahmen fällt, liegt bekanntlich nicht im Norden; und daß Hamburg mit drei SPD-Spitzenpolitikern als örtlichen Kandidaten (Helmut Schmidt, Herbert Wehner, Hans Apel) in besonderer Weise den Sozialdemokraten, bei einer personell eher schwach ausgestatteten CDU und einer für das moderat-liberale Bürgertum kaum wählbaren emanzipations- und linkslastigen FDP, zugute kam, darf angenommen werden. Im übrigen läßt sich Nord und Süd kaum gegensätzlicher und zugleich passender personifizieren als in Helmut Schmidt und Franz Josef Strauß.

Angesichts dieses Zusammenhanges wundert man sich weniger darüber, daß die CDU in der SPD-Hochburg Hamburg nicht mehr dazugewonnen, sondern daß die SPD selbst unter für sie optimalen Bedingungen Stimmen verloren hat. Insofern unterstreicht gerade das Hamburger Ergebnis die Durchgängigkeit des Trends zugunsten der CDU. Im übrigen hat Bundeskanzler Helmut Schmidt als einziger der vier Spitzenpolitiker in seinem Wahlkreis Hamburg-Bergedorf gegenüber 1972 sowohl an Erst- wie

an Zweitstimmen, und zwar mit -2,5 für Hamburg überdurchschnittlich, verloren, während Helmut Kohl in der sozialdemokratischen Hochburg Ludwigshafen immerhin 4,9, Strauß in Weilheim 5,3 und Hans Dietrich Genscher in Wuppertal 2,2 Prozent dazugewannen. Der Regierungsbonus scheint sich also selbst in Hamburg nur mäßig als Kanzlerbonus ausgewirkt zu haben.

Zugleich zeigt der folgende Umfrageausschnitt über die Entwicklung im „Ankommen“ *entscheidender Wahlkampfthemen* beim Wähler während des Wahlkampfes, daß die Unterschiede zwischen Nord, West und Süd weniger am Wahlkampf und seinen Themen als an den Personen gelegen haben muß. Wenn irgendwo, dann hat sowohl der Schmidtbonus wie der Straußmalus in den Gebieten um Hamburg (Schleswig-Holstein, nördliches und nordwestliches Niedersachsen) zu Buche geschlagen:

Nord-Süd-Gefälle?

Welche politischen Forderungen sind besonders wichtig?

Norddeutschland (Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Niedersachsen)		West, Südwest (Nordrhein-Westf., Hessen, Rheinland-Pfalz, Saar)		Süddeutschland (Baden-Württemberg, Bayern)	
Juli	Sept.	Juli	Sept.	Juli	Sept.
(in Prozent)					

Daß die persönliche Freiheit aufrechterhalten bleibt, daß der Staat nicht immer mehr reglementiert	58	68 (+10)	60	73 (+13)	61	71 (+10)
Verhindern, daß sich bei uns ein Sozialismus in der Art der DDR durchsetzt	55	70 (+15)	59	68 (+ 9)	54	64 (+10)
Verhindern, daß kommunistische Einflüsse in Europa vordringen	51	58 (+ 7)	54	62 (+ 8)	50	58 (+ 8)

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach.

Beträchtliche lokale und regionale Unterschiede

Sieht man also von den Extrem- und Sonderfällen Schleswig-Holstein und Hamburg ab, dann stimmt das Schema Süd-Nord-Gefälle auch für das Unionsergebnis nicht mehr. Nimmt man als Vergleichsrahmen einerseits die Differenz zwischen den Bundestagswahlen von 1972 und 1976, andererseits die Differenz zwischen den Landtagswahlen in der Legislaturperiode 1972 bis 1976 und den Bundestagswahlen 1976, dann ergibt sich für die übrigen Bundesländer folgendes Bild: Bremen +3, -1,3; Niedersachsen +3, -3,1; Nordrhein-Westfalen +3,5, -2,6; Hessen +4,5, -2,5; Rheinland-Pfalz +4,1, -4; Baden-Württemberg +3,5, -3,4. Mit Ausnahme von Hessen, das um 1 Prozent darüber liegt, pendelt, wie schon angedeutet, der Unions-Zuwachs in all diesen Ländern um das Mittel der Differenz zwischen dem Bundestagswahlergebnis von 1972 und den Landtagswahlergebnissen von 1974-1975-1976, die der Union (mit Ausnahme von Nordrhein-Westfalen, wo den großen Zuwachs bereits die

Landtagswahlen von 1971 brachten und wo die Landtagswahlen 1975 unter für die Koalition besonders günstigen Bedingungen – wirtschaftlicher Aufschwung, Stockholm-Attentat, Sonthofen-Effekt – stattfanden, Schleswig-Holstein und Saarland) ungewöhnlich hohe Stimmengewinne zuführten.

Daß das Süd-Nord-Gefälle sich in Wirklichkeit auf *ausgeprägte mehrseitige regionale Unterschiede* reduziert, zeigt auch die folgende Tabelle über CDU/CSU-Veränderungen von 1969-1976.

CDU/CSU-Veränderungen

	69-76	69-72	72-76
Hessen	+6,4	+1,9	+4,5
Bayern	+5,6	+0,7	+4,9
Baden-Württemberg	+2,7	-0,9	+3,5
Rheinland-Pfalz	+2,1	-1,9	+4,0
Hamburg	+1,9	-0,7	+2,6
Nordrhein-Westf.	+0,9	-2,6	+3,5
Niedersachsen	+0,6	-2,4	+3,0
Bremen	+0,2	-2,8	+3,0
Saarland	+0,1	-2,7	+2,8
Schleswig-Holstein	-2,1	-4,2	+2,1

Quelle: Infas

Den krassen Unterschied im großstädtischen Bereich liefert übrigens eine Gegenüberstellung Ruhrgebiet – München.

Veränderungen 1972-1976

	CDU	SPD	FDP
Essen	+3,1	-3,0	-0,1
Duisburg	+2,9	-3,0	-0,1
Gelsenkirchen	+2,1	-2,2	+0,1
Dortmund	+2,5	-2,4	-0,2
Bochum	+2,6	-2,4	-0,3

Dazu zum Vergleich das Ergebnis von München:

	1976	1972
CSU	47,3	40,6
SPD	40,4	48,0
FDP	11,1	10,5
Übrige	0,9	0,8

Dennoch darf man den Zuwachs der Union gerade in *Nordrhein-Westfalen* nicht unterschätzen. Es fällt dort die Spiegelbildlichkeit zwischen SPD-Verlusten und CDU-Gewinnen auf. Die SPD-Verluste liegen hier über dem Bundesdurchschnitt, die CDU-Gewinne knapp darunter, entsprechen aber genau den Verlusten (-3,5) der SPD. Es ist anzunehmen, daß gerade in Nordrhein-Westfalen überdurchschnittlich viele SPD-Wähler *direkt* zur CDU gewechselt haben, was den Trend zur Union insgesamt noch einmal unterstreicht. Allerdings ist auch zu bedenken, daß in Nordrhein-Westfalen der Aufholbedarf

gegenüber 1972 besonders groß ist, denn damals mußte die CDU mit 41 Prozent das seit 1953 weitaus schlechteste Ergebnis in Kauf nehmen. Hätte das Ruhrgebiet nicht deutlich unter dem Bundes- und Landesdurchschnitt gewählt, sähe es in Nordrhein-Westfalen für die Union noch wesentlich günstiger aus. Dort war ein besseres Ergebnis aber realistischerweise nicht zu erwarten: Die in sich durchaus verheißungsvolle Kampagne von *Kurt Biedenkopf* gegen Verfilzung zwischen SPD und Gewerkschaften hätte zwei bis drei Jahre vor der Wahl begonnen werden müssen, wenn sie jetzt schon hätte spürbare Früchte tragen sollen. Soviel Zeit stand aber nicht zur Verfügung. Sie ist langfristig interessant, bei diesen Wahlen dürfte sie mehr noch als zur Aktivierung der eigenen Anhängerschaft zur Mobilisierung des politischen Gegners, vermutlich sogar über das Ruhrgebiet hinaus, beigetragen haben.

Städte, Konfessionen, soziale Schichten

Im übrigen gibt es auch noch *lokale Relativierungen* des Nord-Süd- bzw. Süd-Nord-Gefälles, und zwar sowohl hinsichtlich der Verluste der SPD wie der Gewinne der CDU/CSU. Es gibt im Norden überdurchschnittliche Gewinne der CDU und im Süden unterdurchschnittliche. Einige Beispiele: in Hannover I gewann die CDU 3,5, in Hannover II 3,7, in Hannover III 4,1, in Braunschweig 3,9, in Wolfsburg 3,8, in Düsseldorf I 4,4, in Düsseldorf II 4,4, in Düsseldorf III 4,3, in Köln I 4,4, in Köln IV 4,5, in Remscheid 4,1, in Solingen 4,9, in Hagen 4,2. Zum Vergleich im Südwesten: Mannheim I 4,3, Mannheim II 4; aber: Freiburg 2,8 – bei nur 0,6 Verlust für die SPD, Emmendingen 1,5, Offenburg 2,8, Karlsruhe 2,9 (SPD: –0,8). „Nordlichter“ gab es also auch im Süden, in einzelnen Kreisen sogar in Bayern (z.B. Passau mit +2,5 für die CSU). Entscheidender als das Süd-Nord-Gefälle erscheint unter dem Aspekt der Trendentwicklung die Tatsache, daß die Union in den meisten *Großstädten* außerhalb des Ruhrgebiets überdurchschnittlich hinzugewonnen hat und daß sich der Zuwachs insgesamt ziemlich ausgeglichen auf alle Bevölkerungsschichten verteilt. Dies zeigt (zum Vergleich die SPD-Verluste) die folgende Tabelle von Infas:

	SPD		CDU/CSU	
	Veränderungen 76–72	72–69	Veränderungen 76–72	72–69
Niedriger Arbeiteranteil	–3,3	+1,4	+3,9	–0,2
Mittlerer Arbeiteranteil	–3,4	+3,6	+3,8	–1,2
Hoher Arbeiteranteil	–3,0	+4,3	+3,5	–1,2
Niedriger Bildungsgrad	–3,1	+4,5	+3,6	–2,0
Mittlerer Bildungsgrad	–3,3	+3,6	+3,8	–1,2
Hoher Bildungsgrad	–3,3	+1,5	+3,7	–0,7
Landwirtschaftliche Gebiete	–2,9	+5,2	+3,2	–1,2
Industrielle Gebiete	–3,2	+3,7	+3,8	–1,8
Gem. gewerbliche Gebiete	–3,6	+3,0	+3,9	–1,1
Dienstleistungszentrum	–3,0	+1,4	+3,6	–0,7

Wenn es aber im gleichen Infas-Bericht heißt: Binnen sieben Jahren habe sich zwar in Frankfurt und München das Kräfteverhältnis völlig verschoben, aber das seien extreme Fälle. Andere Städte, die noch 1972 einen relativen Erfolg der CDU zu verzeichnen hatten, zeigten inzwischen eine abgeschwächte Entwicklung (wie etwa Hamburg, Hannover, Düsseldorf und Stuttgart) und seien in der Hand der SPD geblieben, so ist das nur begrenzt richtig. In Stuttgart z.B. ist zwar die SPD stärkste Partei geblieben, aber in zwei von drei Wahlkreisen hat die CDU den größeren Anteil an Zweitstimmen. Übrigens ist dieser Vorsprung an Zweitstimmen der CDU/CSU in von der SPD gewonnenen Wahlkreisen kein einzelner Fall. Auch in München Nord, wo sich Bundesminister *Hans Jochen Vogel* als Wahlkreiskandidat knapp vor dem CSU-Bewerber durchsetzte, hatte die CSU mehr Zweitstimmen als die SPD, desgleichen in Nürnberg-Nord. Auch die CDU konnte trotz des Erststimmen-Vorsprungs von SPD-Bewerbern das Zweitstimmenergebnis der SPD in einigen Großstädten übertreffen: so in Mannheim II, in Mainz, in Düsseldorf-Mettmann I.

Das bessere Abschneiden der SPD bei den Erststimmen ist auf ein *auf breiter Basis praktiziertes Stimmensplitting zwischen FDP und SPD* zurückzuführen. Von großen Ausnahmen abgesehen, lagen die Zweitstimmen für die FDP um ca. ein Drittel höher als die Erststimmen. Von den fehlenden Erststimmen kamen in der Regel bis zu zwei Drittel der SPD und nur maximal von einem Viertel bis zu einem Drittel dem jeweiligen Unionskandidaten zugute. Es gab diesmal zwar kaum Leihstimmen von SPD-Koalitionswählern an die FDP, doch sind die Wähler mit Stimmensplitting zwischen FDP und SPD als *erklärte Koalitionswähler* anzusehen. Um so beachtlicher ist, daß es, wenn auch in sehr viel geringerem Maße, auch Splittings zwischen FDP (Zweitstimme) und Unionsparteien (Erststimme) gegeben hat, obwohl ein solches Splitting koalitionspolitisch nichts bringen konnte. Offenbar gibt es noch ein Viertel bis ein Drittel FDP-Wähler, die der CDU näherstehen als der SPD. Dies entspricht auch Umfrageergebnissen: ein strategischer Rest also, der beim Ringen um die Mehrheit von beiden Großparteien ins Kalkül zu ziehen ist. Übrigens war Stimmensplitting auch auf einer anderen „Schiene“ zu beobachten: zwischen DKP und SPD; die Zahl der Erststimmen für DKP-Kandidaten war vielfach fast doppelt so hoch wie die der Zweitstimmen für deren Partei. Man kann an Hand von Einzelergebnissen davon ausgehen, daß die fehlenden Zweitstimmen weitgehend der SPD zugute gekommen sind. Da bei Landtags- und Bundestagswahlen ohnehin eine DKP-Neigung besteht, wegen der Aussichtslosigkeit auf Mandate SPD zu wählen, ist nicht ganz aus der Luft gegriffen, was die kommunistische „Unità“ in Rom feststellte: Schmidt und die SPD hätten es auch der DKP zu verdanken, daß sie noch an der Regierung bleiben können. Wahlerscheidend war das DKP-Votum kaum, daß aber dadurch die Minimalmehrheit der Koalition noch einigermaßen akzeptabel ausgefallen ist, dürfte durchaus *auch* auf das Verhalten der Kommunisten zurückzuführen sein.

Überschätzt wurde in den ersten Kommentaren und zum Teil bereits in den Prognosen das *konfessionelle Element*. Rudolf Wildenmann schrieb in der „Zeit“ (8. 10. 76): Der Faktor Religion sei parteipolitisch, nicht nur allgemeinpolitisch wieder stärker hervorgetreten. Das bedeute nicht einen Rechtsdruck, wohl aber eine stärkere Betonung wertkonservativer Grundhaltungen. Zweifellos hat das Religiöse insoweit als Verstärker gewirkt, als bei der religiös-weltanschaulich grundierten Wählerschaft eine stärkere Orientierung an Grundwerten sich weitgehend mit der Parole „Freiheit statt Sozialismus“ getroffen hat. Es versteht sich, daß sich dieser Koppelungseffekt in erster Linie beim katholischen Wähler ausgewirkt hat. Doch schon der Hinweis von Wildenmann, je größer die Zahl der Katholiken in einem Gebiet, desto größer seien die Verluste der SPD gewesen, läßt sich nicht durchgehend belegen. Und wo dies tatsächlich der Fall war, fällt auf, daß hohe Verluste der SPD relativ häufig mit Zugewinnen der FDP gekoppelt sind. Insgesamt war jedenfalls die Konfessionszugehörigkeit bei der Wahlentscheidung nur von relativem Gewicht. Folgt man der Analyse von Dieter Oberndörfer (Die Welt, 12. 10. 76), dann mischen sich bei den Zuwächsen für die Union deutlich konfessionelle mit regionalen Faktoren, und zwar in der Weise, daß man annehmen muß, die regionalen seien entscheidender gewesen als die konfessionellen. So lagen die Zugewinne der CDU in katholischen Hochburgen Norddeutschlands mit 3,4 Prozent über den Zugewinnen in den katholischen Hochburgen Nordrhein-Westfalens (+2,5%), aber knapp unter dem Zugewinn in katholischen Hochburgen Süddeutschlands (+3,94%). Und während die Zugewinne in evangelischen Hochburgen die in katholischen in Nordrhein-Westfalen mit +4,5% und in Süddeutschland mit 4,04% übertrafen, blieb der Zugewinn in evangelischen Hochburgen Norddeutschlands im Vergleich zu katholisch geprägten Gebieten des Nordens mit nur 1,8% weit zurück. Insgesamt sind sowohl in städtischen wie in ländlichen Gebieten des Südens die Zugewinne in Bereichen mit starkem evangelischen Bevölkerungsanteil höher, im Norden ist der Zugewinn unter Katholiken sowohl in den Städten wie auf dem Land etwas höher. Eine Rekatholisierung der Wählerschaft der Unionsparteien hat nicht stattgefunden, wenngleich sich auch aus dem Wahlergebn schließen läßt, daß ein großer Teil der kirchlich gebundenen Katholiken, die der Ostpolitik wegen 1972 der Koalition bzw. der SPD die Stimme gegeben haben, diesmal u. a. wegen der Reform des § 218 wieder zu den Unionsparteien zurückgewandert sind.

Die „liebenswürdige“ Aufforderung im Informationsdienst von KNA (7. 10. 76), die CDU möge sich jetzt bei den Katholiken bedanken, wie sich einst Willy Brandt 1972 bei ihnen bedankt habe, da die Grundwerte-Diskussion einschließlich des § 218 ihr wieder mehr Katholiken zugeführt habe, während sich die „liberale Masche“ Kurt Biedenkopfs (Filzokratie-Vorwurf statt Grundwerte-Diskussion) gar nicht ausgezahlt habe, schießt über die Wirklichkeit weit hinaus. Eher als einen Gegensatz müßte

man zwischen beiden Vorgängen wohl eine Parallele sehen, sowohl der Filzokratie-Vorwurf wie Grundwerte-Diskussion trugen zur Mobilisierung der Anhängerschaft bei, mobilisierten aber auch den Gegner. Wollte man es andersherum personalisieren, so könnte man auch sagen, wenn das Phänomen Strauß im Norden und im Westen abspenstig machte, was es im Süden einbrachte, so ist es mit der teilweise „katholischen“ Grundierung im Wahlkampf der Unionsparteien ähnlich gewesen. Wenn sie auf der einen Seite Gefühle und Überzeugungen zu binden vermochte, so hat sie auf der anderen Seite auch abgeschreckt. Im übrigen lassen sich auch hier religiöse und nichtreligiöse Grundwerteeinflüsse von regionalen Faktoren schwerlich scheiden.

Daß die § 218-Diskussion der CDU in größerem Umfang Wählerstimmen gekostet hat, ist aber anhand der bisher vorliegenden Analysen auch nicht nachzuweisen. Die Prognosen von Frau Noelle-Neumann in der „Zeit“, unter den weiblichen Wechselwählern unter 45 würden sich wesentlich weniger der CDU zuwenden als unter ihren Geschlechtsgenossinnen über 45, scheint sich nur in Grenzen bewahrheitet zu haben. Dieser Wertkonflikt hat sich insgesamt nicht so ausgewirkt, daß die stärkere Rückwanderung unter Frauen zu den Unionsparteien wesentlich gehemmt worden wäre. Dieter Oberndörfer weist auf Umfrageergebnisse des Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung von Ende September 1976 hin. Danach hat die CDU auch bei den Frauen unter 45 besser abgeschnitten als bei den Männern gleicher Altersstufe.

Jungwähler und Medien

Bedeutsamer als der Einfluß des religiösen Faktors dürften Verschiebungen bzw. Bestätigungen in der Jungwählerschaft sein. Nach der Infas-Analyse liegt die SPD zwar bei den 22- bis 25jährigen mit 50 Prozent noch weit vor dem Anteil der Unionsparteien (37%). Die SPD konnte demnach bei dieser Altersgruppe ihre Position trotz Verlusten gegenüber 1972 im wesentlichen halten. Bei den 18- bis 21jährigen hingegen geht der Trend eindeutig in Richtung CDU. 44% wählten SPD, 45% die Unionsparteien, 11% die FDP. Es bleibt zwar auch bei den jüngsten Jahrgängen bei einem Übergewicht der Koalition, das dem Gesamtergebnis von 1972 sehr nahekommt, aber die Unionsparteien haben beträchtlich aufgeholt. *Es bestätigt sich im Wahlergebnis der Klimawandel in der jungen Generation.* Es bestätigt sich aber auch das relativ ausgeprägte Beharrungsvermögen von Erstwählerentscheidungen. Wer sich als Jungwähler einmal für eine Partei entschieden hat, ist offenbar nicht so rasch wieder zum Wechseln bereit.

Es wäre noch eine letzte Bemerkung zu einem Faktor anzufügen, der sich nicht unmittelbar aus dem Wahlergebnis oder gar aus dessen Prozentsätzen ableiten läßt, der aber dennoch als interessantes Phänomen zum Vorgang des Wahlkampfes und zur Wahl gehört: *das Verhalten der Presse bzw. der Medien insgesamt.* Die in den Medien täti-

gen Journalisten standen in der überwiegenden Mehrheit dem Koalitionspartner näher als der Union. Folgt man verstreut publizierten Analysen von Elisabeth Noelle-Neumann, dann hat sich dieser Umstand auf die Wählerschaft wenigstens in der Weise ausgewirkt, daß er den Wandel in der Meinung der Wählerschaft über den Ausgang der Wahlen wesentlich beeinflusste; die Meinung, daß die Koalition gewinnen würde, hat sich im Verlauf des Wahlkampfes zunehmend über die Medien mitgeteilt. Umgekehrt erhielten die Politiker im Wahlkampf die Chance, sich sowohl über die Medien wie außerhalb der Medien dem Wähler direkt ohne publizistischen Filter mitzuteilen und im gewissen Sinne jenseits dieses Filters die politischen Themen zu bestimmen. Dies hat wesentlich zur Sensibilisierung der Wählerschaft beigetragen und zugleich den Einfluß der Multiplikatoren in den Medien konterkariert. Im direkteren Umgang der Politiker mit der Wählerschaft erwies es sich, daß der Wahlkampf von der Bevölkerung keineswegs als Wahlkampf ohne interessante Themen (wie die Multiplikatoren in den Medien meinten) empfunden wurde: Persönliche Freiheit, Sozialismusfrage, Übergewicht des Ostens, das waren für die Bevöl-

kerung durchaus interessante Themen, für die in den Medien Tätigen aber offenbar nicht. Die Themen setzten sich offenbar gegen sie durch, im Ergebnis mehr zugunsten der Union.

Sehr viel zwiespältiger als dieser Umstand ist aber die Tatsache, daß die Medien insgesamt (Presse wie Funkmedien) ihre Aufgabe einer kritischen *politischen* Aufarbeitung des Wahlergebnisses kaum erfüllen. Obwohl die knappe Mehrheit der Koalition un stabile Verhältnisse erwarten läßt, sind in den Medien andere Möglichkeiten der Regierungsbildung kaum diskutiert worden. Der ohnehin mehr taktisch verstandene Führungsanspruch der Opposition fand in den Medien kaum Verständnis. Die Selbstverständlichkeit, mit der Thesen der regierenden Koalition (z. B. „Mehrheit ist Mehrheit“) übernommen werden, grenzt schon fast an obrigkeitstaatliche Hörigkeit. Das Verhältnis der Medien zu den Regierenden ist fast als unnormal zu bezeichnen. Es hätte sich wohl normalisiert, wäre ein Regierungswechsel zwingend geworden. Schon deswegen wäre ein solcher – unabhängig von der Parteipräferenz – wünschenswert.

Thomas Mechtler

Interview

Solidarität mit den Notleidenden

Ein Interview über kirchliche Entwicklungshilfe mit dem Leiter der MISEREOR-Projektteilung, Dr. Ulrich Koch

Nachdem wir im vergangenen Jahr ein ausführliches Gespräch mit dem Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Egon Bahr, über Staat und Kirche als Partner in der Entwicklungshilfe (HK, April 1975, 176ff.) geführt haben, soll diesmal die kirchliche Seite zu Wort kommen. Dabei geht es zusätzlich um Schwerpunkte der kirchlichen Entwicklungshilfe und um die Frage ihrer Abgrenzung gegenüber der Mission. Mit Dr. Ulrich Koch, Mitglied der Geschäftsführung und Leiter der Projektteilung von MISEREOR, sprach Norbert Sommer.

HK: Herr Dr. Koch, angesichts des ungeheuren Ausmaßes von Not, Elend und Unterentwicklung in der Welt drängt sich die Frage auf, was sind da die 180 Millionen DM im Jahre 1975 und die bisher rund 1,9 Milliarden DM, die Misereor aus Spendeneinnahmen und kirchlichen Haushaltsmitteln und die kath. Zentralstelle für Entwicklungshilfe aus staatlichen Zuwendungen für kirchliche Entwicklungsprojekte zur Verfügung gestellt haben. Ist das

nicht ein Tropfen auf den heißen Stein? Was bedeutet Ihrer Meinung nach diese Hilfe entwicklungspolitisch?

Koch: Die Mittel aus der kirchlichen Entwicklungshilfe werden normalerweise über kirchliche Stellen und über sonstige freie gesellschaftliche Kräfte* in den Entwicklungsländern vergeben und für Maßnahmen eingesetzt, die zur Verbesserung der Lebenslage der armen Landbevölkerung oder der Bevölkerung in den städtischen Elendsvierteln dienen. Häufig ist es so, daß die Kirche und auch die anderen freien gesellschaftlichen Kräfte Modellmaßnahmen durchführen, die Antworten auf generelle Probleme sind, die sich in den Entwicklungsländern stellen. Bei einer solchen Strategie kann man wohl nicht davon sprechen, daß die Hilfe von 180 Millionen DM 1975 bzw. 1,9 Milliarden insgesamt seit 1959 ein Tropfen auf den heißen Stein sei. Die entwicklungspolitische Bedeutung der kirchlichen Hilfe liegt – wie schon angedeutet – darin, daß mit ihr viele Maßnahmen durchgeführt werden, die sich